

‣ Wegweiser durch das Buch

Vorwort

Einleitung

Teil I: Die gängigen Erklärungen für Arbeitslosigkeit

1. Jobkiller Maschinen?
2. Jobkiller Löhne?
3. Jobkiller Struktur?
4. Jobkiller Globalisierung?

Teil II: Das Versagen der Wirtschaftspolitik

1. Die Legende vom deutschen Wirtschaftswunder
2. Geldpolitik in nationaler Verantwortung
3. Systematische Fehler der deutschen Geldpolitik
4. Europäische Geldpolitik nach gleichem Muster

Teil III: Die Reform des Denkens ist die wichtigste

1. Das ungelöste Problem: Investieren und Sparen
2. Beschäftigungsmotor Investitionen
3. Investitionen und Verschuldung

Teil IV: Fünf Schritte in Richtung Vollbeschäftigung

1. Aktive Geldpolitik für hohe Beschäftigung und stabile Preise
2. Flankierende Finanzpolitik
3. Verteilungsneutrale Lohnpolitik
4. An einer globalen Finanz- und Währungsordnung arbeiten
5. Reformieren, aber intelligent und sozial

Nur gute Konjunktur schafft Wachstum und Arbeitsplätze

Vorwort

Deutschland im Herbst 2007: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Zum ersten Mal seit Jahren haben viele Menschen die Chance, der Massenarbeitslosigkeit zu entfliehen. Was ist geschehen? Ein neues deutsches Wirtschaftswunder? Wurde so viel reformiert, dereguliert, flexibilisiert, entbürokratisiert, wurden die Löhne genug gesenkt, bei den Staatsausgaben gespart, Sozialleistungen und Steuern verringert, dass jetzt endlich die erwünschte Wirkung am Arbeitsmarkt eintritt? Oder ist Deutschland nur mit Verspätung auf den seit längerem fahrenden Zug der Weltwirtschaft aufgesprungen und muss nun hoffen, dass es noch eine Weile so weiter geht? Ist der Aufschwung gar nur eine Scheinblüte, die für kurze Zeit verdeckt, dass Arbeitslosigkeit, wie fast alle Experten bis vor Kurzem behaupteten, das Schicksal dieser Gesellschaft ist und nur unter Inkaufnahme beträchtlicher Wohlstandseinbußen gesenkt werden kann? Die Antwort auf diese Fragen ist für Deutschlands zukünftige Entwicklung und seine Wirtschaftspolitik von überragender Bedeutung.

Dieses Buch beschreibt, wie aus unserer Sicht Wirtschaft funktioniert und welches die grundlegenden Mechanismen sind, die zu einem Anstieg oder einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führen. Dabei versuchen wir, Glaubensbekenntnisse zu vermeiden und stattdessen Fakten und logische Zusammenhänge in den Vordergrund zu stellen. Wir stellen dabei die »herrschende Lehre«, wie sie von der Mehrheit der deutschen Ökonomen vertreten wird, fundamental in Frage. Aber, wie einer unserer akademischen Lehrer, Wolfgang Stützel, zu sagen pflegte, das schadet nicht für den Fall, dass unsere Analyse richtig ist. Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit mehr als einem Vierteljahrhundert nicht beseitigt worden ist, spricht unmittelbar dafür, dass die Mehrheitsmeinung falsch ist. Die von ihr vertretenen Rezepte haben schließlich über Jahrzehnte hinweg keine fühlbare Verbesserung gebracht und können den aktuellen und jetzt auch am Arbeitsmarkt sichtbaren Aufschwung nicht erklären.

Der Weg, auf den wir unsere Leser mitnehmen, ist mit grundsätzlichen Überlegungen zu ökonomischen Zusammenhängen ebenso gepflastert wie mit Zahlen und Statistiken. Ohne das eine wie das andere geht es nicht, aber wir

haben uns bemüht, die Strecke bis zu den wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen am Ende durch einfache und logische Argumentation so zu gestalten, dass alle mit an Bord bleiben, die ökonomisch Vorgebildeten ebenso wie der Leser mit gesundem Menschenverstand. Wir richten uns an kritische Akademiker in gleicher Weise wie an den interessierten Laien, an den aufmerksamen und zu logischem Denken bereiten Zeitungsleser wie an den großen Kreis derer, deren Skepsis gegenüber der 99sten Reformvariante nach einem Vierteljahrhundert der Erfolglosigkeit im Steigen begriffen ist.

Das Buch hat eine leicht nachvollziehbare Struktur. Im ersten Teil setzen wir uns mit den wichtigsten der herrschenden Vorurteile auseinander und erklären, warum sie nicht tragen. Im zweiten Teil zeigen wir, auf welche Weise die Politik die aus den herrschenden Dogmen bezogenen Irrlehren umgesetzt hat und warum sie mit allen bisherigen Versuchen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit scheitern musste. Hier finden sich die entscheidenden empirischen Hinweise zum Versagen der Wirtschaftspolitik seit den 1970er Jahren. Im dritten und aus unserer Sicht wichtigsten Teil erklären wir den zentralen theoretischen Fehler der herrschenden Volkswirtschaftslehre und erläutern, wie die Reform des Denkens aussehen muss, ohne die eine durchgreifende und anhaltende Besserung unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht möglich ist. Am Schluss werden wir kurz darlegen, was man in den wichtigsten Politikbereichen tun muss, um auf mittlere Frist die Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern.

Ob selbst bei geeigneter Wirtschaftspolitik am Ende Vollbeschäftigung noch möglich ist, ist zwar eine viel diskutierte, in unseren Augen aber müßige Frage. Wenn es gelänge, für fünf bis zehn Jahre die Beschäftigung in sozialversicherungspflichtigen Jobs deutlich zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit auch nur um die Hälfte zu senken, verbesserten sich nicht nur die Zukunftsperspektiven vieler Individuen, auch die politische Auseinandersetzung fände zurück zu der Form von Normalität, die für eine funktionierende Demokratie lebenswichtig ist.

Genf/Schwäbisch Gmünd, Juli 2007
Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker

Einleitung

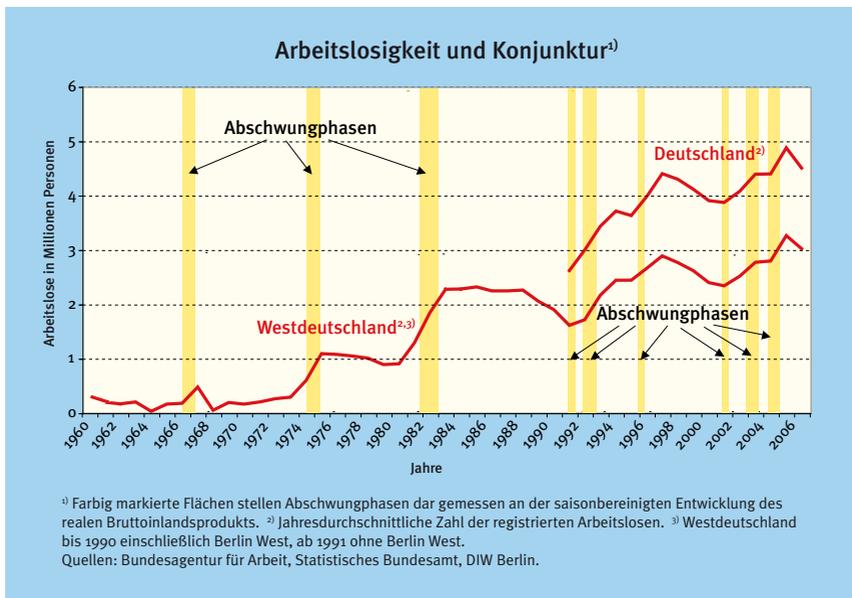
Seit zwei Jahren, beginnend im Frühjahr 2005, sinkt die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Wie lang wird diese erfreuliche Entwicklung anhalten? Wird sie auch den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft zugute kommen? Werden gering qualifizierte und ältere Arbeitslose eine Chance haben, eine neue Stelle zu finden? Oder bleibt es letzten Endes dabei, dass wir auf Dauer mit einem gewaltigen Sockel an Arbeitslosigkeit auskommen müssen, wovon viele überzeugt sind?

Die Antworten auf diese Fragen hängen davon ab, wie man das Entstehen der Arbeitslosigkeit erklärt. Für eine kleine Gruppe von Ökonomen beruht Arbeitslosigkeit vor allem darauf, dass die Betroffenen mehr Freizeit genießen oder den Staat ausnutzen wollen, weil selbst Hartz IV weit oberhalb der Hungergrenze liege. Vom gleichen Schlage ist die Vermutung, jeder Arbeitslose habe so lang höhere Löhne gefordert, bis er arbeitslos geworden sei. Wer davon überzeugt ist, dass diese Art von »freiwilliger« Arbeitslosigkeit einen Großteil der in unserem Land herrschenden hohen Arbeitslosigkeit ausmacht, muss dieses Buch nicht lesen. Wir setzen uns mit derartigen »Erklärungsversuchen« nicht weiter auseinander, weil wir sie für intellektuell anspruchslos und armselige Entgleisungen von ins Ideologische abgedrifteten Vertretern des Faches Volkswirtschaftslehre halten.

Jenseits solcher Ideologie bietet eine empirisch fundierte Volkswirtschaftslehre jedoch weit mehr als die wissenschaftliche Bemäntelung von Stamm-tischvorurteilen. Wer wollte allen Ernstes behaupten, dass sich im Jahr 1975 oder in den Jahren 1981 bis 1983 oder zwischen 1993 und 1994 schlagartig der Anteil der Faulpelze oder der Lohntreiber unter den Deutschen vervielfacht habe? Denn so müsste es ja gewesen sein, sollten die genannten »Gründe« irgendeine faktische Bedeutung haben, weil in genau diesen Jahren die Arbeitslosigkeit massiv stieg.

Die Vorstellung von der größtenteils freiwilligen Arbeitslosigkeit ist angesichts des zeitlichen Zustandekommens der Beschäftigungseinbrüche parallel zu den in Abbildung 1 kenntlich gemachten konjunkturellen Abschwungphasen abwegig. Abbildung 1 lässt sich umgekehrt entnehmen, dass die Arbeits-

Abb. 1



losigkeit in »Nicht-Abschwungzeiten« nicht oder wie Mitte der 1990er Jahre nur vergleichsweise wenig stieg. Früher ging sie am Ende eines Aufschwungs etwas zurück, so 1979/80 und 1989/90, wenn auch bei weitem nicht auf das Ausgangsniveau, das sie jeweils zu Beginn der vorherigen Abschwungphase gehabt hatte. Schon 1999/2000 und vor allem 2006 aber reagierte der deutsche Arbeitsmarkt viel rascher positiv auf den Aufschwung als in den vorangegangenen Konjunkturzyklen. Das ist erfreulich und nach Auffassung der Regierung und vieler Wirtschaftsexperten kein Wunder, da nun endlich die für viele Menschen schmerzhaften Reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes Wirkung zeigten.

Man sagt, die Regierung von Angela Merkel ernte nun die Früchte der Reformen, die ihre Vorgängerin, die Regierung unter Gerhard Schröder, in die Wege geleitet und die sie selbst weiter konsequent vorangetrieben habe. Oder machen sich gar die Reformbemühungen der Regierung von Helmut Kohl erst jetzt bezahlt? Denn gewollt haben doch alle diese Regierungen das Gleiche, nämlich einen Abbau der Arbeitslosigkeit, und getan haben sie dafür ebenfalls alle ungefähr das Gleiche: Sie haben dereguliert, entbürokratisiert, die

Steuern gesenkt, die Transferleistungen gekürzt und den Arbeitsmarkt flexibilisiert. Das berühmte Lambsdorff-Papier aus dem Jahr 1982 zeugt davon, dass schon damals die Ideen, wie der deutschen Wirtschaft und insbesondere dem deutschen Arbeitsmarkt auf die Beine zu helfen sei, exakt die gleichen waren wie heute.

Zugegeben: Unter Kohl musste die deutsche Wiedervereinigung wirtschaftlich bewältigt werden. Dass dies misslang – trotz massiver Investitionen der öffentlichen Hand entwickelte sich der ostdeutsche Arbeitsmarkt katastrophal, Steuern, Transfers und Staatsverschuldung stiegen –, war aber nicht verwunderlich, weil alle Maßnahmen auf dem gleichen gedanklichen Konstruktionsfehler beruhten wie schon die Reformbemühungen vor der Wende. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schrieb in seinem Jahresgutachten 1989/1990 in einem »Rückblick auf die achtziger Jahre«: »Ziel der Finanzpolitik in den achtziger Jahren war es, die Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat zurückzuführen, um mehr Raum für private Aktivitäten zu schaffen. Zunächst hatte dabei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über die Ausgabenseite Vorrang. ... Die Senkung der Einkommensteuer wurde ... für die Jahre 1986, 1988 und 1990 in Kraft gesetzt.« (Ziffer 16*) Am westdeutschen Arbeitsmarkt brachte dies wenig Erfolg: Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich am Ende einer längeren Aufschwungphase zwar verringert, aber 1989 mit rund 2 Millionen nur auf einen Wert, der gut doppelt so hoch lag wie am Ende des vorherigen Konjunkturzyklus. Und so ging es in den neunziger Jahren nach dem Ende des Vereinigungsbooms auch am westdeutschen Arbeitsmarkt wieder bergab und mit der Arbeitslosenquote nach oben. Die zunächst viel versprechende Erholung in den späten neunziger Jahren fand ein frühzeitiges Ende und hinterließ eine Arbeitslosenquote, die wiederum klar über dem Wert lag, den sie zum Zyklusbeginn Anfang der neunziger Jahre erreicht hatte, auch in Westdeutschland. Fast alle Anzeichen sprechen dafür, dass es auch nach dem gegenwärtigen Aufschwung so kommen wird.

Viele werden an dieser Stelle einwenden, die Reformideen seien nie so konsequent umgesetzt worden wie in den vergangenen vier Jahren, so dass die heutige Verbesserung der Arbeitsmarktlage fundierter und dauerhafter sei. Zudem sei der gegenwärtige Erfolg am Arbeitsmarkt nicht allein den Reformen durch den Staat zuzuschreiben, sondern er sei auch ein Verdienst der Tarif-

parteien, die mit ihrer jahrelang zurückhaltenden Lohnpolitik dafür gesorgt hätten, dass deutsche Unternehmen wieder international wettbewerbsfähiger werden konnten. Gerade das Zusammenspiel der geringen Lohnsteigerungen und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hätten den gegenwärtigen Aufschwung erst ermöglicht, ja sogar ausgelöst. So schreibt die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Januar 2007 auf Seite 33: »(Es) ist allerdings zu beachten, dass von einem hinreichend flexiblen Arbeitsmarkt selbst positive Impulse auf die wirtschaftliche Dynamik ausgehen...«

Wir sind grundsätzlich anderer Ansicht und zeigen in diesem Buch, dass die derzeitige Arbeitsmarktdynamik nur Folge des gegenwärtigen Aufschwungs ist und nicht dessen Voraussetzung war. Und das ist der zentrale Unterschied zu der weit verbreiteten Auffassung vieler Politiker und Wissenschaftler. Die Reformen und die zurückhaltende Lohnpolitik haben zum Aufschwung nichts beigetragen geschweige denn, dass sie ihn ausgelöst hätten. Der Aufschwung hätte ohne Reformen und extreme Lohnmoderation bei einer expansiveren Geldpolitik schon viel früher einsetzen können und müssen. Schlimmer noch: Reformen, Lohnmoderation und Zinswende sind der Stoff, aus dem das baldige Ende auch dieses Aufschwungs und das nächste Draufsatteln auf den Sockel an Arbeitslosigkeit gemacht sein werden.

Den Verfechtern anhaltender Reformbemühungen schwant wohl, dass die gegenwärtige Wende am Arbeitsmarkt auf wackeligem Fundament steht. Denn auch wenn sie sich gern zu ihrem Vater erklären, verstehen sie nicht wirklich, wie sie zustande gekommen ist. Sonst hätten die Prognosen diesen Aufschwung, der ja angeblich auf Reformen und Lohnpolitik beruht, frühzeitiger anzeigen müssen. Daher fürchten die Reformbefürworter zu Recht, bei der nächsten konjunkturellen Kehrtwende so hilflos dazustehen wie am Ende jedes früheren Aufschwungs. Und deshalb bauen sie schon jetzt vor und mahnen an, in den Reformbemühungen und der Lohnmoderation keinesfalls nachzulassen, um den Weg ins nächste unvermeidliche Konjunkturtal wenigstens gut gerüstet anzutreten. Wenn dann die Arbeitslosenzahl wieder im Steigen begriffen ist, können sie immer darauf verweisen, dass sie es ja prophezeit hätten, dass nicht genug reformiert worden sei und die Lohnpolitik den Kurs der Zurückhaltung verlassen habe.

Die Deutsche Bundesbank vertritt in ihrem Monatsbericht vom Januar 2007 sogar die Auffassung, dass »die (im Vergleich zu anderen Industrielän-

dern, Anm. d. Verf.) höhere Arbeitslosigkeit in Deutschland darauf hin(deute), dass die Löhne trotz jahrelanger Mäßigung bei den Steigerungsraten generell immer noch zu hoch liegen.« (S. 53) Ein unveränderter Krankheitszustand trotz Medizin zeigt für die meisten Experten an, dass zu wenig Medizin verabreicht wurde. Die Frage, ob es die falsche, weil wirkungslose oder gar die Krankheit verlängernde Medizin ist, kommt ihnen auch nach 25 Jahren nicht in den Sinn.

Massenarbeitslosigkeit ist aber weder Schicksal noch Folge eines Über-die-Verhältnisse-Lebens, sondern sie ist auf wirtschaftspolitisches Versagen in seiner reinsten Form zurückzuführen. Wirtschaftspolitisches Versagen, dessen Ursprung in einem geradezu aberwitzigen Irrweg der deutschen Wirtschaftswissenschaften zu suchen ist. Der Irrweg begann mit der »Wundersprechung« der wirtschaftlichen Erholung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und der frühen Ablehnung der keynesianischen Revolution an den volkswirtschaftlichen Wissenschaftseinrichtungen, setzte sich in der Konzentration auf die so genannte Ordnungspolitik und dem monetaristischen Glauben an die Neutralität des Geldes fort und endete schließlich in der totalen Vernachlässigung des gesamtwirtschaftlichen Denkens. Ergebnis dieses Prozesses ist, dass hierzulande die Mehrheit der deutschen Wirtschaftswissenschaftler überzeugt ist, die Wirtschaftspolitik könne auf Dauer keinerlei heilsamen Einfluss auf die kurzfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausüben (nachzulesen im »Hamburger Appell« von 2005, den immerhin 254 (Wirtschafts-)Wissenschaftler unterzeichneten). Das ist aber in der Vorstellungswelt dieser Ökonomen auch unproblematisch, weil die Konjunktur nur Schwankungen um eine langfristige Entwicklung, den so genannten Trend, herum bedeute, der seinerseits von ganz anderen, viel grundlegenderen Faktoren gesteuert werde. In dieser Lesart gewinnen konjunkturelle Schwankungen ungefähr den Stellenwert saisonaler Abweichungen, die hinzunehmen sind, wie man ja auch das Wetter oder gar die Jahreszeiten nicht steuern kann.

Dass der »Trend« eine rein rechnerische, also fiktive Größe ist, die Konjunktur hingegen die tagtäglich zu spürende Realität der Arbeitnehmer und Unternehmer, gerät dabei in Vergessenheit. Freilich, die Zeiten, in denen es Auf- und Abschwungphasen gab ohne eine permanent hohe bzw. steigende Arbeitslosigkeit, liegen weit zurück. So weit, dass die Frage, welchen grundlegenden Einfluss die Konjunktur auf die Beschäftigung hat, praktisch

nicht mehr diskutiert wird. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung drückt das in seinem Jahresgutachten 2004/2005, also mitten in einer Phase starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit, so aus: »Die Mehrheit des Sachverständigenrates hält es für sehr gut begründet und durch empirische Studien belegt, dass die derzeitige gesamtwirtschaftliche Lage und die absehbare Entwicklung in erster Linie auf unzureichenden angebotsseitigen Rahmenbedingungen und Funktionsstörungen des Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt beruht und nur zu einem sehr geringen Teil konjunkturellen Schwankungen geschuldet ist.« (Kasten 37, S. 503) Diese Sichtweise passt zwar im Rückblick nicht zu der starken Reaktion des Arbeitsmarktes auf den Konjunkturaufschwung 2006, aber der Sachverständigenrat hakt diese Diskrepanz zwischen seinen Überzeugungen und der Empirie zwei Jahre später in seinem Jahresgutachten 2006/2007 mit der lapidaren Feststellung ab: »Das Grundübel des deutschen Arbeitsmarkts, die hohe und verfestigte Sockelarbeitslosigkeit, kann und wird aber selbst durch eine länger anhaltende gesamtwirtschaftliche Belebung nicht geheilt.« (Ziffer 44)

Fehlt die Frage nach dem Einfluss der Konjunktur auf die Beschäftigung, ist man auch weit davon entfernt, über den Einfluss der Wirtschaftspolitik auf die Konjunktur nachzudenken, um Lösungen für die Probleme am Arbeitsmarkt zu finden. Dann muss sich die Wirtschaftspolitik vornehmlich um die Faktoren kümmern, die die »langfristige« Entwicklung steuern, wie dies auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2004/2005 fordert: »Daher misst die Mehrheit des Sachverständigenrates einer Wachstumspolitik höchste Priorität bei« (Kasten 37, S. 503), wobei unter »Wachstumspolitik« das genaue Gegenteil von Konjunkturpolitik zu verstehen ist.

Aus diesem Grund seien, so die herrschende Lehre in Deutschland, die beiden einzigen Betätigungsfelder der Wirtschaftspolitik das der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eben der Ordnungspolitik, die die Sozialversicherungssysteme mit einschließt, und das der Finanzpolitik, die langfristig für einen ausgeglichenen Staatshaushalt sorgen müsse, weil eine Nettoneuverschuldung von Null wachstumsfördernd sei. Im Übrigen seien die Tarifparteien aufgefordert, durch moderate Lohnabschlüsse die Situation am Arbeitsmarkt langfristig zu stabilisieren. Die Geldpolitik braucht im Rahmen dieser Auffassung von Wirtschaftspolitik gar nicht mehr erwähnt zu werden, da sie erstens auf europäischer Ebene betrieben wird und zweitens

seit Jahren alles richtig macht, abzulesen an den niedrigen Inflationsraten hierzulande.

Diese Position vertreten auch alle von eben dieser Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler beratenen Politiker. Angenehm aus ihrer Sicht ist dabei, dass sich aus der herrschenden Lehre eine Art Dauerzwang zu Reformen ableiten lässt, der das perfekte Programm zur Sicherung der Bedeutung von Wirtschaftspolitikern und der Arbeitsplätze von Lobbyisten und Bürokraten darstellt. Denn hieße die wissenschaftliche Empfehlung für die Finanz- und Ordnungspolitik, einfach einmal zehn Jahre lang nichts zu verändern, um den Unternehmern die Möglichkeit zu geben bzw. sie zu zwingen, sich auf ihre ureigenste Aufgabe, das Vorantreiben des technischen Fortschritts, zu konzentrieren anstatt sich dauernd wechselnden Rahmenbedingungen optimal anzupassen, was hätten dann Wirtschaftspolitiker, Lobbyisten und Bürokraten zu tun?

Dass die herrschende Lehre keine kritische Auseinandersetzung mit der praktizierten Geldpolitik fordert, kommt der Akzeptanz der Mainstream-Ideen durch die Politiker ebenfalls zugute. Denn in der breiten Öffentlichkeit wird die Wirkung der Geldpolitik auf unsere wirtschaftlichen Geschicke wesentlich weniger verstanden als die Finanzpolitik, obwohl die Durchschlagskraft der Geldpolitik weit höher ist. Fragt man einen Unternehmer nach der Bedeutung der Geldpolitik für seine Investitionsentscheidungen, wird er antworten, die Zinskosten seien das kleinste Problem im Vergleich zu Absatzsituation, Lohnkosten und Steuern. Der »einfache Mann« versteht unter Geldpolitik bestenfalls das Bemühen irgendeiner fernen Zentralbank, die Inflation zu bekämpfen. Da ist es für unsere Politiker bequem, sich nicht mit diesem Zweig der Wirtschaftspolitik befassen zu müssen, auf den man ohnehin aus institutionellen Gründen kaum Einfluss hat.

Der Politik kommt ferner entgegen, dass der herrschenden Volkswirtschaftslehre in Deutschland bei fast allen Themen eine *einzelwirtschaftliche* Sichtweise zugrunde liegt. Das aber ist genau die Sichtweise, die Unternehmensvertreter, Arbeitnehmervertreter und viele Bürger an die Politiker herantragen und die beide Seiten verstehen. Daher haben die von der Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler präsentierten üblichen Erklärungsmuster für die Arbeitslosigkeit und die daraus abgeleiteten Rezepte trotz Erfolglosigkeit eine so beachtliche Lebensdauer:

- Der technische Fortschritt führe die Menschen systematisch durch Weg-rationalisierung von Arbeit in die Beschäftigungslosigkeit. Daher müsse das Produktivitätswachstum gebremst werden.
- Der einzelne Arbeitnehmer fordere zwar nicht zu hohe Löhne, seine Gewerkschaftsbosse aber schon, und daher sei Arbeit im Laufe der Zeit zu teuer geworden gegenüber dem Produktionsfaktor Kapital. Also müssten die Löhne gesenkt werden bzw. langsamer steigen.
- Strukturelle Gegebenheiten auf unserem Arbeitsmarkt, z. B. inflexible Löhne aufgrund von Flächentarifverträgen, mangelnde Mobilität oder auch Kündigungsschutz, seien Gründe für den Beschäftigungsmangel. Eine weitere Flexibilisierung sei daher unumgänglich.
- Die Globalisierung und mit ihr einhergehende internationale Verdrängungsprozesse seien für die hiesigen Beschäftigungsverluste in den letzten 15 Jahren verantwortlich. Ihnen müsse ebenfalls mit moderaten Lohnabschlüssen, einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und vor allem einem radikalen Umbau unserer Sozialversicherungssysteme begegnet werden.

Wir widerlegen auch diese Thesen und zwar immer mit zwei Arten von Begründungen. Erstens aus logischen Gründen: Aus einem widersprüchlichen Modell lässt sich jede beliebige Aussage ableiten, aber keine einzige tragfähige wirtschaftspolitische Empfehlung. Denn tragfähig ist nur, was frei von Widersprüchen ist. So kann man häufig zeigen, dass der Schluss vom Einzelfall auf die Gesamtheit aller Unternehmen und Arbeitnehmer zu einem Fehlschluss führt. Diese Art von Fehlschluss liegt aber einem Großteil der Theorien heutiger Volkswirtschaftslehre zugrunde. Die zweite Art von Begründungen unserer Ablehnung der genannten Thesen besteht darin darzulegen, dass die gängigen Vorurteile faktisch, also empirisch nicht haltbar sind. Stattdessen weisen wir nach, dass die hiesige Massenarbeitslosigkeit auf den aus den Fehldiagnosen abgeleiteten falschen Therapien beruht und daher gute Aussichten bestehen, sie zu überwinden, wenn die Geld- und Finanzpolitik ihre permanente Geisterfahrt beenden.

Obwohl wir uns intensiv mit der wirtschaftswissenschaftlichen Beratung der Wirtschaftspolitik auseinandersetzen, ist dieses Buch keine wissenschaftliche Abhandlung im üblichen Sinne. Wir versuchen nicht, wirtschaftswissenschaftliche Dogmen generell zu diskutieren oder gar der Entwicklung der

Volkswirtschaftslehre in einzelnen Sparten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zwar werden wir ab und zu die Namen bekannter Wissenschaftler erwähnen, um damit eine bestimmte Denkrichtung zu charakterisieren. Es geht aber nicht in erster Linie darum, ob eine Idee als neoklassisch, monetaristisch, keynesianisch oder schumpeterianisch einzuordnen ist, sondern darum, einen Gedankengang so klar und einfach wie möglich darzustellen, damit der Leser ihn nachvollziehen und sich sein eigenes Urteil bilden kann. Letzten Endes kommt es für die Zielgruppe von Lesern, die wir erreichen wollen, nur darauf an, ob die hier vorgelegte Logik schlüssig, die Empirie einleuchtend und unsere politischen Schlussfolgerungen zwingend sind. (Für den fachlich vorgebildeten oder besonders interessierten Leser haben wir an einigen wenigen Stellen Boxen eingeschoben, die sich mit einem speziellen Aspekt intensiver auseinandersetzen. Diese Boxen sind aber für das Gesamtverständnis des Textes nicht notwendig und können daher ohne Erkenntnisverlust ausgelassen werden.)

Die radikale Abkehr vom herkömmlichen Denken wird auch für den gutwilligen Leser noch viele Fragen unbeantwortet lassen. Das ist unvermeidlich bei einer so komplexen Materie wie der Ökonomie einer zeitlich und räumlich offenen Gesellschaft. Leider hat die große Mehrheit des Faches, das sich Wirtschaftswissenschaft nennt, die letzten drei Jahrzehnte vorwiegend damit zugebracht, ein statisches Glasperlenspiel namens allgemeine Gleichgewichtstheorie zu vervollkommen, dessen Grundzüge mehr als 100 Jahre alt sind und das zum Verständnis der komplexen Materie geschweige denn zur Lösung der aktuellen Probleme unserer Volkswirtschaft praktisch nichts beiträgt. Gleichzeitig sind entscheidende, fast ebenso alte Beiträge zum Verständnis der Dynamik der Wirtschaft weitgehend unbeachtet liegen geblieben. So ist viel Zeit vertrödelt und viel Wichtiges versäumt worden. Dennoch, überall auf der Welt gibt es nun Ansätze für ein Umdenken. Wenn wir zu diesem Umdenken einen bescheidenen Beitrag leisten können, hat sich die Mühe gelohnt, auch für unsere Familien, denen wir für all ihre Unterstützung danken.